

Von der Freiheit der Kirche im Reformprozess

*(Impulsreferat für die Hauptversammlung des Reformierten Bundes, 30.09.2011,
Pfarrerin Dr. Ilka Werner, Neuss)*

*„Die Kirche geht nicht zugrunde an Kritik von innen und außen,
sondern am Hochmut von uns Professoren,
an der heimlichen Herrschsucht der Kirchenleitung
und an der Verzagtheit und Feigheit der Synodalen.“
(Rudolf Bohren, 1969)*

Meine Aufgabe ist es, einige Überlegungen zum Thema ‚Kirche der Freiheit – Freiheit der Kirche‘ aus der Perspektive einer Landeskirche – der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR) – im Reformprozess zu bedenken zu geben.

Ich möchte mit zwei Beobachtungen beginnen:

Zuerst: Ich arbeite mit reichlich der Hälfte meiner Zeit und Kraft als Pfarrerin am Berufskolleg. Für meine 17 bis 18jährigen, meist männlichen Schüler ist Freiheit ein großes Thema und konkretisiert sich in Erwerb oder Besitz des Führerscheins. Mit den Klassen, die auf dem Weg zur Fachhochschulreife sind, mache ich ‚Freiheit‘ in aller Regel zum Thema und lese mit ihnen einen Auszug aus Luthers Freiheitsschrift. Sie buchstabieren auch brav und mühevoll den Text nach und kommen mit ein bisschen Glück zu dem Schluss, dass nach Luther der Mensch Gott gegenüber im Glauben frei, den Menschen gegenüber in Liebe unfrei ist.

Und dann wird unter 100 einer nachdenklich und sagt: Hm, das heißt doch, wer nicht an Gott glaubt, ist eigentlich gar nicht frei. – Die anderen 99 erklären mir knapp, da sähe man schon, dass Luther unrecht habe, denn dass Kirche und Glauben der Inbegriff der Unfreiheit seien, wisse doch jeder. ‚Kirche‘ und ‚Freiheit‘ sind für meine Schüler – und nicht nur für sie – ein Widerspruch in sich.

Die Kirche muss, so deute ich diese Erfahrung, damit rechnen, dass ihrer Selbstwahrnehmung als Kirche der Freiheit die Außenwahrnehmung nicht entspricht. Klärungsprozesse im Inneren treffen darum oft nicht auf äußere Resonanz und Akzeptanz, und Anregungen von außen helfen im Inneren nicht immer weiter.

Und *zunächst* – Kirche ist Kirche der Freiheit, weil und insofern sie die befreiende Botschaft der freien Gnade Gottes verkündigt. Das zu tun ist ihr Auftrag, in diesem Auftrag gründet ihre Freiheit gegenüber allen anderen Ansprüchen. Wir wissen, wie oft die befreiende Kraft des Evangeliums mit einer verkorksten Verkündigung erschlagen wurde. Insofern *sind* wir nicht Kirche der Freiheit. Kirche der Freiheit *ist* nicht die evangelische Kirche, ist nicht etwa mit der EKIR identifizierbar. Kirche der Freiheit ist eine geistliche Realität, eine verheißene Realität. Dieses Sein und Nicht-Sein stellt Kirchenleitung im weitesten Sinne die Aufgabe, im Nicht-Sein möglichst viel vom Sein erkennen zu lassen.

Auch die Selbstwahrnehmung als Kirche der Freiheit ist darum kompliziert, und erst recht in Zeiten der Veränderung und Verunsicherung über den einzuschlagenden Weg umstritten. Will sagen: die Freiheit der Kirche so wahrzunehmen, dass Kirche als Kirche der Freiheit erscheint, erkennbar ist und erkannt wird, ist ausgesprochen schwierig.

Um für diese Ausführungen ein „Packend“ zu bekommen, beschreibe ich Freiheit *als Erfahrung anerkannter Differenz*: Wenn Freiheit in Gottes gnädiger Zuwendung zu jedem einzelnen Menschen in seinem Sosein gründet, kann man ihre Aktualisierung so beschreiben: Menschen erfahren sich als frei, wenn sie sich in ihrer Differenz gegenüber den anderen, in ihrer Besonderheit anerkannt fühlen. Zwei Fragen stellen sich dann an die Reformprozesse: Wie gehen sie mit der Freiheit in der Kirche um? Wird die Differenz des Einzelnen, der einzelnen Gemeinden anerkannt? Und: Wie wird die Freiheit der Kirche wahrgenommen? Wird ihre Differenz erkennbar?

Mit diesen Fragen im Kopf möchte ich Ihnen in drei Abschnitten exemplarisch meine Überlegungen zu den rheinischen Reformprozessen vortragen.

1. Wir sind so frei

2010 feiert die rheinische Kirche unter dem Motto „Wir sind so frei“ das Jubiläum der ersten Duisburger Generalsynode von 1610. Vor 400 Jahren nutzten die reformierten Gemeinden die Gunst der politischen Stunde, um sich eine Ordnung zu geben *frei von* den Obrigkeiten, sie nutzen die *Konfessionsfreiheit zur* reformierten Kirchenbildung und sie verpflichteten sich zum Engagement für die Bildung der Gemeindeglieder, um die neue Ordnung ausfüllen zu können und damit die *Freiheit in* der Kirche zu wahren. Die zur Synode gehörigen Gemeinden

wurden in ihrer konfessionellen Differenz erkennbar, und sie erkannten sich gegenseitig in ihrer jeweiligen Eigenständigkeit wie Zusammengehörigkeit an.

Wir haben im letzten Jahr im Rheinland gemerkt, dass ‚Synode feiern‘ nicht ganz einfach ist: Einerseits sind die damaligen Themen – vor allem die ‚presbyterial-synodale Ordnung‘ – zum traditionellen Inbegriff der Freiheit der Kirche geworden und damit trotz ihrer Aktualität kaum ‚frei‘, und d.h. in diesem Fall selbstkritisch, zu behandeln; andererseits ist es gerade wegen ihres Symbolcharakters kaum möglich, sich von ihnen zu lösen und ‚Wir sind so frei‘ heute noch einmal neu durchzubuchstabieren. Die ‚Freiheit der Kirche‘ wird – zumindest in der EKIR – so mit der presbyterial-synodalen Ordnung verknüpft, dass die Freiheitsthematik immer wieder als ‚Freiheit von staatlicher und kirchlicher Obrigkeit durch evangeliumsgemäße Ordnung reformierter Provenienz‘ mehr konstatiert als durchbuchstabiert wird. Andere aktuelle Felder der Freiheitsthematik wie z.B. der freie Umgang mit (vermeintlichen) Sachzwängen der Mediengesellschaft heute bleiben unbearbeitet.

Darum gelang in Duisburg eine teils fröhliche, teils feierliche Selbstvergewisserung über den 1610 eingeschlagenen, immer noch für richtig erachteten und weiter verfolgten Weg. Dafür steht das verabschiedete Dokument „Wegweiser Geschichte: kritisch lernen aus der Tradition“.

Was uns – meines Erachtens - nicht gelang, war, dem Motto einen heute neu orientierenden Inhalt zu geben, mit dem die ‚Kirche der Freiheit‘ aufblitzt und die Freiheit der Kirche im 21. Jahrhundert als Gabe und Aufgabe konturiert wird. Inwiefern und in welchen Bereichen die rheinische Kirche heute den Mut zur erkennbaren Differenz aufbringt oder aufbringen sollte, wurde nicht diskutiert und nicht deutlich. Und die Sorge der Gemeinden, die ihre Freiheit durch die Umstrukturierungen in Richtung der Synoden bedroht sehen, war zwar untergründig immer spürbar, wurde aber nur am Rande thematisiert.

Ich halte das nicht (in erster Linie) für eine Folge mangelnder Vorbereitung oder schlechter theologischer Arbeit, sondern für ein grundlegendes Dilemma nicht nur der rheinischen Kirche zwischen Traditionsverbundenheit und kirchlicher Realpolitik: Inwiefern, das möchte ich an den Auseinandersetzungen der Reformprozesse aufzeigen.

2. Die Freiheit der Kirche I – Reformprozesse

Ich bin seit 2005 Mitglied der rheinischen Landessynode und war im gleichen Jahr als Vorsitzende der sogenannten „AG I“ zur Problematik der Wahrung oder Veränderung der presbyterial-synodalen Ordnung an den Anfängen der jetzt noch laufenden Reformprozesse beteiligt.

Als Vorsitzende des Ständigen Theologischen Ausschusses bin ich immer wieder mit den verschiedenen Phasen dieser Prozesse befasst.

Die Ausgangslage für diese Prozesse ist bekannt und überall ähnlich: Demographischer Wandel, schwindende Finanzkraft, teurer Immobilienbestand, sinkender öffentlicher Vertrauensbonus gegenüber der Institution, in Folge davon weniger auskömmliche Stellen, Überlastung und Frustration bei haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitenden, Aufgabe von Arbeitsgebieten. Die Bemühung, diese Lage zu gestalten, bringt tiefgreifende Veränderungen in Kultur und Struktur der kirchlichen Landschaft, dazu die rhetorische Anstrengung, eine Krise als Chance wahrzunehmen. Reformprozess, Aufgabenkritik, Qualitätssicherung sind Begriffe, die für diese Anstrengung stehen: sich nicht in einen Abwärtsstrudel ziehen zu lassen und Veränderungsprozesse theologisch wie organisationstheoretisch als Möglichkeit zu Klärung und Aufbruch zu verstehen. Bei denen, die nicht unmittelbar auch emotional an den Vorgängen beteiligt sind, entsteht leicht der Eindruck der Unaufrichtigkeit: die in diesem Herbst im Rheinland diskutierte „Aufgabenkritik“ wird als beschönigende und irreführende Bezeichnung für ein heftiges Einsparprogramm wahrgenommen. Reform erscheint als Verschleierung von Abbau. Damit ist die *innerkirchliche Vertrauensfrage* gestellt.

Diese Ausgangslage wird in der EKIR in den letzten Jahren mit verschiedenen einzelnen Synodalbeschlüssen und Reformprozessen bearbeitet. Nebeneinander laufen die Einführung des neuen kirchlichen Finanzwesens, veränderte Personalplanung, eine Verwaltungsstrukturreform, die bereits genannte Aufgabenkritik, eine großangelegte Pfarrbilddiskussion und dazu in jedem Kirchenkreis, in allen Verbänden und fast allen Gemeinden Konzeptions- und Spardebatten. In dieser Menge deutet sich die Metaebene der eigentlichen Probleme an: mehr als ein halbes Dutzend umfassender Veränderungen kann letztlich niemand konstruktiv begleiten, emotional tragen und organisatorisch verknüpfen. Die Reformflut ist faktisch nicht mehr presbyterial-synodal steuerbar, die synodale Leitungsphilosophie ist außer Kraft gesetzt. Es ist eine *strukturelle Überforderung* entstanden, auf die alle Ebenen der Kirche mit Abwehr und Selbstschutz reagieren.

Inhaltlich haben all diese Prozesse in je ihrem Bereich ähnliche Ziele: durch effizientere Strukturierung und Organisation die bisherigen Aufgaben mit geringeren Ressourcen zu erfüllen; und durch klarere Profilierung und starke Orientierung am Kerngeschäft mehr öffentliche Resonanz und Einfluss zu erreichen. Die Maßnahmen sind bekannt: Prioritätensuche, Kooperationsvereinbarungen, Formulierung von Standards, Fortbildungen, Qualitätsmanagement, Controlling, mehr Aufsicht und Leitung, etc.

Als Beispiel mag die aktuell diskutierte Vorlage zur Personalplanung dienen: Nach Etablierung einer landeskirchenweiten Pfarrstellenplanung, um die Entstehung von Lücken im pfarramtlichen Dienst zu vermeiden, und der Forderung nach einer Mitarbeitendenkonzeption, um den Personalmix von PfarrerInnen und anderen hauptamtlichen Mitarbeitenden zu bewahren, scheint es sinnvoll, die Personalplanung auf Kirchenkreisebene zu verankern, weil die einzelne Gemeinde in der Regel eine zu kleine Planungsgröße ist. Die aktuelle Vorlage bietet verschiedene Modelle von der schlichten Dokumentation und gegenseitigen Information bis zur Verlagerung der Personalhoheit auf die Kirchenkreisebene, von der Pflicht zur Konzeptionsentwicklung bis zu weitreichenden Vorgaben durch die Landeskirche.

Das Verständnis bzw. die Deutung dieser Vorlage differiert enorm: während die einen darin einen notwendigen und vernünftigen Vorgang der Vernetzung und Zusammenarbeit durch Stärkung der regionalen Gemeindengemeinschaft sehen, beobachten die anderen einen Zentralisierungsprozess zur Stärkung und Durchsetzung landeskirchlicher Interessen auf Kosten regionaler Besonderheiten. Es geht mir jetzt gar nicht darum, welches Verständnis richtig oder angemessen ist: die Tatsache, dass so verschieden verstanden wird, prägt die Synoden und berührt das rheinische Selbstverständnis. Denn während die einen die Vorlage wie selbstverständlich im Rahmen der presbyterial-synodalen Ordnung interpretieren und diese Ordnung auch selbstverständlich als ideellen Rahmen der Umsetzung durch Kirchenleitung und Kreissynodalvorstände voraussetzen, sehen die anderen in derselben Vorlage ein Element des Umbaus der Kirche von unten zu einer Kirche von oben und gehen für die Umsetzung davon aus, dass sie willentlich und geplant den Rahmen der presbyterial-synodalen Ordnung verlassen wird. Auf beiden Seiten gibt es solche, die die Entwicklung bejahen, und solche, die sie ablehnen. Die oben genannten Vertrauensfrage wird zur Vertrauenskrise, und die strukturelle Überforderung erschwert die sachliche Bearbeitung der Anfragen.

Auf den Wegfall landesherrlicher Einflüsse reagierte die rheinische Kirche in der Geschichte, so hat es der Kirchengeschichtler Hellmut Zschoch herausgearbeitet, mit der Entdeckung des ‚konsistorialen Feindes‘ in den Kreissynodalvorständen bzw. Kirchenleitungen oder seiner Etablierung in der Behörde Landeskirchenamt. Genau das wiederholt sich in der laufenden Debatte: Den einen werden Übergriffe gegen die Freiheit der Gemeinden von obrigkeitlichen Einflüssen vorgeworfen, die anderen versuchen den Nachweis, nicht übergriffig zu werden. Beide bleiben im Kontext des rheinischen Leitthemas. Die Diskussionsebene bleibt also die presbyterial-synodale Ordnung, auch wenn angesichts der strukturellen Überforderung Kirchenleitung und Landeskirchenamt längst weitreichende Entscheidungs- und Durchführungsbefugnisse übernommen haben und wahrnehmen.

Die Frage nach der Freiheit der Kirche spielt in diesen Debatten dann auch vor allem als Freiheit der Gemeinden eine Rolle: deren Freiheit wird durch die wichtigere Rolle der Gemeinschaft und vor allem durch die Standardisierung von Prozessen bedroht gesehen: die Anerkennung ihrer Differenz ist fragwürdig geworden. Die Freiheit der gesamten Kirche, etwa ihre Differenz zur Gesellschaft (oder der Verlust dieser Differenz) wird nicht Thema – oder sogar im Namen der Freiheit der Gemeinden abgelehnt. Die Debatte treibt merkwürdige Blüten: So kann man manchmal meinen, die Freiheit der Kirche gründe in der Sozialform Ortsgemeinde oder in dem Recht, eine andere Software als die Nachbargemeinden zu benutzen.

Was aus dem Blick gerät, ist die Orientierung aller kirchlichen Arbeit am Auftrag der Kirche, der Ausrichtung der Botschaft von der freien Gnade Gottes. Genau diese Orientierung ist in der Leitvorstellung der EKiR „Missionarisch Volkskirche sein“ verankert, wenn in der dazu entwickelten Arbeitshilfe alle kirchlichen Angebote mit einer doppelten Leitfrage auf ihre Auftragsgemäßheit überprüft werden: Inwiefern hilft ein Angebot, neue Menschen für das Evangelium zu gewinnen, *und* inwiefern hilft es, die niedrigschwellige Erreichbarkeit kirchlicher Angebote für alle aufrechtzuerhalten.

Für die praktische Arbeit mit dieser Leitvorstellung ergeben sich m.E. zwei Probleme: Zum einen halte ich es für eine Illusion, durch theologische Grundüberlegungen zu trennscharfen Entscheidungskriterien zu kommen, - und zwar unabhängig von der Qualität dieser theologischen Überlegungen. Wenn das stimmt, werden praktische Weichenstellungen letzten Endes durch Macht und Lobbyarbeit gefällt. Und das führt zum zweiten Problem, der schon oben genannten Vertrauenskrise: wenn Kirchenleitung diese Sachlage und die damit einhergehenden emotionalen Verwerfungen nicht wahrnimmt, anerkennt und nachvollziehbar bearbeitet, sondern über sie hinweggeht, zerstört sie die synodalen Chancen, gemeinsam zwar schmerzhafte, aber frei gefällte Entscheidungen zu tragen. Für die gefühlte Freiheit der rheinischen Kirche hängt viel daran, dass die Kirchenleitung nicht in die Rolle des ‚konsistorialen Feindes‘ gerät. Die rheinische historische Konturierung der Freiheitsproblematik birgt die Gefahr der übergroßen Innenorientierung in den synodalen Strukturen und der Vernachlässigung der Frage nach der Freiheit der ganzen Kirche gegenüber gesellschaftlichen Tendenzen. Für die kirchenleitenden Gremien wird die Orientierung nach außen aber zunehmend zentral.

Böse gesagt, sind die Gemeinden mit innerkirchlichen Macht- und Befreiungskämpfen beschäftigt, während die Öffentlichkeitsorientierung der kirchenleitenden Gremien tiefgreifende Veränderungen hervorruft, die m.E. viel zu wenig beachtet und diskutiert werden. Darum:

3. Die Freiheit der Kirche II – Öffentlichkeitsorientierung

Im landessynodalen Alltag geschieht es, dass die Gestaltung der Tagesordnung sich an der Anwesenheit von Presse bzw. der Terminierung der Pressekonferenzen orientiert, nicht am Arbeitsfluss des Synodalbüros oder der Ausschüsse. In gewisser Weise ist es vernünftig, das so zu machen, und trotzdem zeigt diese Praxis, dass sich im Schatten der offiziellen Reformprozesse die Kirche medienförmig reformiert. Ich will gar nicht auf die ‚sogenannte Luther-Dekade‘ und ihre Auswüchse zu sprechen kommen (die ist ja Gott sei Dank kein rheinisches Thema) – im Grunde stellt sich die Frage nach der öffentlichen Rolle der Kirche in allen Gemeinden, Verbänden, Kirchenkreisen usw. Ich bin in Neuss Vorsitzende des Verbandes evangelischer Kirchengemeinden: als Margot Käßmann zurücktrat, ging bei mir das Telefon, die Zeitung ist dran: „Was sagen Sie dazu?“; als zu Guttenberg zurücktrat, ging wieder das Telefon, die Zeitung ist dran: „Was sagen Sie dazu? Wir rufen vier Leute an, Sie sind die Kirchenfrau, also sagen Sie bitte was Moralisches!“; als der Papst nach Deutschland kam, ging bei mir das Telefon, der Lokalfunk ist dran: „Was sagen Sie als Evangelische zum Papstbesuch? Sie sind doch sicher dagegen?“ – Nun ist Neuss sicher ein besonderes Pflaster, aber was für eine öffentliche Rolle wird uns da zugeschoben? Kirche wird angefragt als Kommentatorin öffentlicher Ereignisse der Zivilgesellschaft. Und sie macht sich für diese Rolle passend – manchmal auch dann, wenn sie gar nicht gefragt ist. Wo eine eigene Linie fehlt, wird Freiheit verspielt. Ich beobachte mit Sorge – auch, was meine eigene Rolle und Präsenz in Neuss angeht -, wie oft Kirche bei öffentlichen Ereignissen in Gestalt einzelner Repräsentantinnen und Repräsentanten dabei ist, ohne diese Ereignisse inhaltlich wirksam mitgestalten zu können. Dieses oft unkritische ‚Hauptsache in den Medien‘-Agieren hat bemerkenswerte Auswirkungen auf die Organisation der kirchlichen Arbeit: Fototermine bekommen Vorrang, und der Erfolg der Arbeit wird von Protagonistinnen wie Konsumenten am ‚Häufig in der Zeitung sein‘ abgelesen. Eine kritische Reflexion dieser Praxis findet zu wenig statt. Welche Rolle möchte die Kirche in der Öffentlichkeit spielen? Welche kann sie überhaupt spielen, wenn sie von ihrem Verkündigungsauftrag aus denkt? Was kann sie mit ihrer Präsenz gewinnen, wenn sie keine Möglichkeiten hat, inhaltlich Akzente zu setzen?

Sie gerät in verschiedene Dilemmata. Zum einen: Die säkularisierte Welt funktioniert ganz gut ohne Kirche; wo sie nicht ist, wird sie selten vermisst. Das führt dazu, dass Wegbleiben oder Schweigen außerhalb der Kirche kaum als Akt wahrgenommen wird und innerhalb des eigenen Bereichs zunehmend als Versäumnis gilt, und erzeugt den ungeheuren Sog, überall hinzulaufen und zu allem etwas zu sagen. Beharrt die Kirche auf ihrer Differenz, ihrer Besonderheit, gewinnt sie damit keine Anerkennung, und empfindet sich nicht als frei, sondern (zu Recht)

als irrelevant. Es fragt sich allerdings, ob durch ständige Anwesenheit Relevanz entstehen kann.

Zum anderen hat die Orientierung an Außenwirkung und Erfolg Auswirkungen auf die Freiheit in der Kirche: Effekt der Leuchtfeuer-Metaphorik und der Qualitätsdebatte ist eine Neigung zur Aufblähung aller Veranstaltungen mit der Folge der Überlastung vieler und zunehmend defizitorientierten Feed-backs. Pluralität der Traditionen und Angebote kommt in den Geruch des Handgestrickten, nicht Zukunftsfähigen. Damit gerät der vielfältige Reichtum gerade unierte Kirchen in Gefahr. Die Erfahrung anerkannter Differenz ist in bestimmten Bereichen immer seltener zu machen – die Erfahrung der Freiheit in der Kirche schwindet.

Und drittens wird die Präsenz der Kirche in der Öffentlichkeit zumeist zwar freundlich wahrgenommen, führt aber selten dazu, dass Menschen ihre Freiheit zur Kirche wahrnehmen. Der missionarische Erfolg tritt nicht ein, Menschen fühlen sich bestätigt in ihrem Sosein, aber nicht herausgefordert durch eine Botschaft, die sie von außen anspricht, oder eine Freiheit, die über das bekannte hinausgeht. Was positive Religionsfreiheit ausmacht, ist nicht in Werbemaßnahmen zu vermitteln.

Meines Erachtens ist es zumindest in der EKdR überfällig, ihre zunehmende Öffentlichkeitsorientierung im Zusammenhang mit der Frage nach der Freiheit der Kirche, die Kirche der Freiheit zu bezeugen, zu diskutieren.

Und es ist nötig, die Rückwirkungen dieser ‚Reform im Schatten‘ auf die Schwierigkeiten der offiziellen Reformprozesse wahrzunehmen.

4. Und nun?

Ich habe mich sehr schwer damit getan, dieses Referat vorzubereiten. Zum einen darum, weil ich mir ob des kritischen Tons ein bisschen illoyal vorkomme. Ich kann bis zu einem gewissen Grad ermessen, unter welchem Druck Kirchenleitungen arbeiten. Zum anderen, weil ich mitarbeite in den verschiedenen Ebenen und zu tief drinstecke, um wirklich den Überblick für eine angemessene Analyse zu haben. Zum dritten, weil ich in dieser rheinischen Kirche lebe und an der Stimmung und Situation leide. Zum vierten, weil ich mitverantwortlich bin für die Prozesse und ziemlich hilflos angesichts der Lage. Das, was ich Ihnen vorgetragen habe, ist darum ein Versuch – mein Versuch jetzt – etwas mehr zu verstehen durch die Aufgabe, die Reformprozesse mit der Freiheitsfrage zu verbinden. Einmal formuliert, klingt es dann doch selbstgewisser, als ich es geschrieben habe.

Im Titel der Hauptversammlung ist auch von der Verheißung der Freiheit die Rede. Darum will ich einen verheißungsvollen Schluss wagen. Im 1. Korintherbrief (6,12) heißt es: „Alles ist mir erlaubt, aber nicht alles dient zum Guten.“ Wenn es gelänge, dass wir uns den zweiten Teil des Satzes zu Herzen nähmen – alle, auf allen Ebenen, jeder und jeder für sich und gemeinsam in den Gremien -, und in rechtem Maß unserer Freiheit die pathetische Spitze abbrechen, indem wir neu lernen, was Demut der Kirche bedeutet, wenn das gelänge, könnten wir freier werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.